

## Vereinbarung

zwischen **Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Mitte und  
Fraktion in der BVV Mitte,**

**SPD Kreisverband Mitte und  
Fraktion in der BVV Mitte**

(im Folgenden: unterzeichnende Parteien)

zur Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes Mitte und zu kommunalpolitischen Vereinbarungen und Schwerpunkten für die Arbeit in der V. Wahlperiode des Bezirksamtes Mitte

### **1. Wahl der Kandidat/innen für das Bezirksamt und den Vorstand der BVV**

#### **1.1 Wahl der Kandidat/innen für den Vorstand der BVV**

Die unterzeichnenden Parteien sichern die Wahl des/der jeweiligen Kandidaten/in für den Vorstand der BVV zu.

Das Amt des Vorstehers bzw. stellv. Vorstehers wird im Wechsel von 2 ½ Jahren durch jeweils eine/n Kandidatin/en der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen übernommen. Hierzu wird folgendes organisatorisches und zeitliches Verfahren vereinbart:

1. Die beteiligten Fraktionen sichern die Wahl des Kandidaten der SPD, Herrn Sascha Schug, für das Amt des Vorstehers der BVV in der konstituierenden BVV am 27.10.2016 zu.
2. Die beteiligten Fraktionen sichern die Wahl des Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Frank Bertermann, für das Amt des stellv. Vorstehers der BVV in der konstituierenden BVV am 27.10.2016 zu.
3. Der am 27.10.2016 gewählte Vorsteher tritt zum April 2019 vom Amt des Vorstehers der BVV zurück, so dass in der BVV im April 2019 ein neuer Vorsteher zu wählen ist.

4. Der am 27.10.2016 gewählte stellv. Vorsteher tritt zum April 2019 vom Amt des stellv. Vorstehers der BVV zurück, so dass in der BVV im April 2019 ein neuer stellv. Vorsteher zu wählen ist.
5. Die beteiligten Fraktionen sichern die Wahl des/der Kandidaten/in von Bündnis 90/ Die Grünen für das Amt des Vorstehers der BVV im April 2019 zu.
6. Die beteiligten Fraktionen sichern die Wahl des/der Kandidaten/in der SPD für das Amt des stellv. Vorstehers der BVV im April 2019 zu.

Die jeweiligen Vorsteher der beteiligten Fraktionen verpflichten sich, alle personelle Angelegenheiten und Entscheidungen für das Büro der BVV im gegenseitigen Einvernehmen zu entscheiden. Die Vereinbarung ist unkündbar und gilt für die V. Wahlperiode der BVV Mitte.

- 1.2** Die unterzeichnenden Parteien sichern die Wahl der Kandidat\*innen aller beteiligten Fraktionen für das Bezirksamt zu.

## **2 Ressortverteilung im neuen Bezirksamt**

Die Mitglieder im zukünftigen Bezirksamt unterstützen folgenden Vorschlag zur Ressortverteilung im Bezirksamt:

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Bezirksbürgermeister: SE Personal und Finanzen, dem Ordnungsamt, der Wirtschaftsförderung, dem Integrationsbeauftragten und den dem Bezirksbürgermeister gesetzlich zugeordneten Aufgaben

Mitglied des Bezirksamtes: Weiterbildung und Kultur,  
Umwelt und Natur und  
Straßen- und Grünflächenamt

## **SPD**

Mitglied des Bezirksamtes und  
stellvertretende/r Bürgermeister/in: Stadtentwicklung,  
Soziales,  
Gesundheit,  
QPK und  
Sozialräumliche Planungskoordination

**Die Linke** Mitglied des Bezirksamtes:

**CDU** Mitglied des Bezirksamtes:

### **3 Grundlagen der Zusammenarbeit im Bezirk Berlin-Mitte**

Die unterzeichnenden Parteien vereinbaren, dass die von ihnen benannten Mitglieder im Bezirksamt verlässlich, auf Augenhöhe und unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessen der von ihnen zu verantwortenden Fachaufgaben zusammenarbeiten. Sie erwarten von den von ihnen benannten Mitgliedern im Bezirksamt eine kollegiale Zusammenarbeit, die eine faire finanzielle und personelle Ausstattung aller Abteilungen einschließt. Ziel ist es, dass allen Mitgliedern des Bezirksamts die Möglichkeit für eine erfolgreiche und im Bezirk und in der Öffentlichkeit wahrzunehmende Arbeit gegeben wird. Die Vertretung des Bezirks nach außen erfolgt nach gültiger Geschäftsordnung und analog der jeweiligen Fachaufgaben eigenständig. Der/dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister\*in wird bei der Außen- darstellung und der Repräsentanz des Bezirks eine besondere Stellung eingeräumt.

Die unterzeichnenden Parteien konsultieren sich regelmäßig zu aktuellen Herausforderungen bei der Gestaltung des Bezirks, der Qualität der Zusammenarbeit innerhalb des Bezirksamts und der Umsetzung verabredeter Vorhaben. Dies bedeutet für die Bezirksamtsmitglieder der Zählgemeinschaft bei Bedarf eine rechtzeitige Abstimmung von Vorlagen und Vorhaben im Rahmen von Vorbesprechungen.

Die unterzeichnenden Parteien stimmen sich mit dem Ziel einer gemeinsamen Vorgehensweise ab. Hierzu reicht die Anzeige der Abstimmungsnotwendigkeit einer der beteiligten Parteien. Regelmäßig finden acht Treffen pro Jahr statt.

Die BVV-Fraktionen diskutieren bei Bedarf politische Themen rechtzeitig vor Behandlung in der BVV und den Fachausschüssen mit dem Ziel eines gemeinsamen Abstimmungsverhaltens. Koordiniert werden diese Absprachen zwischen den Fraktionsvorsitzenden. Auch hier gilt der Grundsatz, dass Abstimmungen dann stattfinden, wenn ein Partner dies für erforderlich hält.

Die unterzeichnenden Parteien sind sich darüber einig, dass die Fraktionen hinsichtlich ihrer Entscheidungen in politisch unterschiedlich bewerteten Fragen in der BVV weiterhin frei sind. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten ist jedoch über die beschriebenen Abstimmungsverfahren zu vermeiden, zumindest ist dies dem anderen Partner rechtzeitig anzuzeigen.

Die Zählgemeinschaft baut auf einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auf. Missbilligungs- und Abwahanträge gegen Mitglieder des Bezirksamtes der unterzeichnenden Parteien werden in der laufenden Wahlperiode nicht unterstützt.

## **4. Übergreifende politische Ziele und Vorhaben**

### **4.1 Finanzen**

Das Ziel der unterzeichnenden Parteien ist es, finanzielle Spielräume für die Gestaltung eines lebenswerten Bezirks für alle zu erlangen und dabei Haushaltsdefizite zu vermeiden. Eine realistische und belastbare Haushaltsplanaufstellung ist die Voraussetzung für eine angemessene Finanzierung der vorhandenen Aufgaben und den Ausbau der vorhandenen sozialen und kulturellen Infrastruktur. Haushaltsplanaufstellung und Haushaltswirtschaft erfolgen in einem transparenten Prozess.

Vor dem Eckwertebeschluss zum Haushaltsplan und vor dem Beschluss des Haushaltsplanes in der BVV stimmen sich die Bezirksamtsmitglieder und die Fraktionen der Zählgemeinschaft (z.B. in einer gemeinsamen Klausurtagung der Fraktionen) ab. Dieses Verfahren gilt auch für Vorschläge von BA-Mitgliedern und BVV-Fraktionen, die nicht der Zählgemeinschaft angehören. Darüber hinaus sind die Bezirksamts- und BVV-Mitglieder gegenüber begründeten und gegenfinanzierten Vorschlägen zum Haushaltsplan durch BVV-Mitglieder oder BVV-Fraktionen offen, die nicht Teil der Zählgemeinschaft sind.

Sofern nachgewiesene und von den Organisationseinheiten nicht zu beeinflussende Sondertatbestände zu Budgetdefiziten führen, verpflichten sich die von den unterzeichnenden Parteien ins Bezirksamt entsandten Bezirksamtsmitglieder, gemeinschaftlich im Bezirk oder auf Landesebene auf den Abbau der strukturellen Nachteile der jeweiligen Organisationseinheiten hinzuwirken.

#### **4.2 Planung und Umsetzung von Investitionen – Sanierung öffentlicher Infrastruktur**

Die unterzeichnenden Parteien werden eine transparente und nachvollziehbare Investitionsplanung und -fortschreibung sicherstellen. Die von ihnen gestellten Bezirksamtsmitglieder werden gemeinsam alle Anstrengungen darauf verwenden, dass die geplanten Investitionen in der vorgesehenen Zeit und zu den vorgesehenen Kosten realisiert werden. Nicht verausgabte Investitionsmittel sollen grundsätzlich nicht zur Verbesserung des Haushaltsjahresabschlusses verwandt, sondern über Rücklagen für zukünftige Investitionen vorgehalten werden. Die BVV und die Öffentlichkeit werden umgehend über Veränderungen bei der Investitionsplanung informiert.

Die zur Verfügung stehenden Mittel für die Sanierung von Gebäuden der öffentlichen Infrastruktur aller Fachvermögen werden analog der Investitionsvorhaben transparent geplant und umgesetzt.

#### **4.3 Personal**

Die unterzeichnenden Parteien sind sich der Bedeutung einer funktionierenden, fachlich kompetenten und motiviert arbeitenden Verwaltung bewusst. Die dafür notwendigen Personalressourcen werden den Ämtern und Serviceeinheiten zur Verfügung gestellt, wenn ein wirtschaftlicher Umgang mit dem eingesetzten Personal – ablesbar an den Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung sowie den erzielten Einnahmen – gewährleistet werden kann. Durch eine verbesserte IT-Infrastruktur und in Zusammenarbeit mit der Landesebene erarbeitete neue IT-Verfahren soll ein stärker digitalisiertes Bürgeramt entstehen, um zusätzliche Ressourcen zu schaffen. Mit einem vielfältigen Fortbildungsangebot, modernisierten Arbeitsplätzen und –stätten und angepassten Arbeitszeitmodellen und Arbeitsformen soll das Bezirksamt Mitte ein attraktiver und konkurrenzfähiger Arbeitgeber werden.

## **5. Fachpolitische Ziele und Vorhaben**

### **5.1 Bezahlbares Wohnen**

Die unterzeichnenden Parteien setzen sich für den Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ein. Dazu sollen u. a. die Instrumente im Rahmen der beschlossenen Erhaltungssatzung konsequent eingesetzt und die Möglichkeit untersucht werden, weitere soziale Erhaltungssatzungen (Milieuschutz) – soweit rechtlich möglich – zu erlassen.

Beim weiterhin dringend benötigten Wohnungsneubau sollen alle planerischen und rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hierbei sind außerdem erforderliche Infrastrukturbedarfe sowie die unterschiedlichsten Wohnformen wie z.B. Wohnraum für Single-Haushalte, Studierendenappartments, Wohnraum für Familien, behindertengerechter Wohnraum, senior\*innengerechter Wohnraum, Trägerwohnungen, therapeutische Wohngemeinschaften ua. zu berücksichtigen.

Gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum durch Ferienwohnungsnutzung oder Leerstand wird das Bezirksamt auch weiterhin konsequent vorgehen.

### **5.2 Soziale und partizipative Stadtentwicklung**

Bei der Gestaltung von Quartieren, Neubauten und Freiräumen setzen die unterzeichnenden Parteien auf partizipative Verfahren, offene Wettbewerbe und Ausschreibungen. Bei der

Planung von neuem Wohnraum müssen alle Elemente der öffentlichen Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Jugend- und Familienzentren, Bibliotheken und Kultureinrichtungen, Grünflächen und Parks berücksichtigt werden.

Die unterzeichnenden Parteien wollen den Ausbau von Pflegeangeboten im Bezirk und die Unterstützung Angehöriger und Ehrenamtlicher in der Pflege. Ziel ist zudem eine altersgerechte Infrastruktur in allen öffentlichen Lebensbereichen.

Nutzungskonflikte bei der sozialen Stadtentwicklung werden transparent und mit dem Ziel des Interessenausgleiches entschieden.

Grünflächen und Parks sind wichtige Naherholungsgebiete und müssen für die vielfältigen Nutzungsinteressen der Bürger\*innen offen stehen. Hierzu gehört auch die Einrichtung von Grillplätzen an geeigneter Stelle.

Wir unterstützen die Bemühungen, gegen sexistische Werbung vorzugehen, und werden auf bezirklicher Ebene dementsprechend wirken, wo dies möglich ist.

### **5.3 Bildung**

Die hohe Zahl von Jugendlichen, die die Schulen in Mitte ohne Schulabschluss verlassen, erfüllt die unterzeichnenden Parteien mit großer Sorge. Das neue Bezirksamt wird daher seine aufgrund der fehlenden Zuständigkeit nur begrenzt vorhandenen Möglichkeiten bestmöglich nutzen, damit weniger Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. So soll die Zusammenarbeit aller Bildungsträger – von Kitas und Schulen über außerschulische Lernorte bis hin zu Bibliotheken und Volkshochschulen – im Rahmen von Bildungsverbänden weiter ausgebaut werden. Der Standort Mitte der Jugendberufsagentur spielt eine herausgehobene Rolle. Hier werden junge Menschen in Ihrem Übergang von der Schule in den Beruf bis zu einem erfolgreichen beruflichen Weg beraten und begleitet. Die unterzeichnenden Parteien werden die Jugendberufsagentur in ihrer Arbeit unterstützen und ggf. bedarfsgerecht ausbauen, insbesondere durch den Aufbau einer aufsuchenden Beratung.

Die unterzeichnenden Parteien streben eine auskömmliche und den individuellen Anforderungen der Schulen, ihrer Schüler\*innen und ihrer Lehrer\*innen entsprechende Erweiterung der Schulkapazitäten und die adäquate Ausstattung mit Schulraum und Sportanlagen an. Sie sind sich einig, dass die bisherige Berechnung der dafür notwendigen

finanziellen Ressourcen im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung nicht tragfähig ist und den Bezirkshaushalt kontinuierlich erheblich belastet.

Die unterzeichnenden Parteien und ihre Vertreter\*innen im Bezirksamt setzen sich für eine andere und bedarfsgerechte Form der bezirklichen Finanzierung bzw. Budgetierung der bezirklichen Infrastruktur ein. Dazu gehört auch, erneut zu versuchen, Schulen von überbezirklicher Bedeutung wie z.B. das französische Gymnasium in die Landesverantwortung zu überführen.

#### **5.4 Kulturbezirk Mitte**

Das Bezirksamt strebt eine gleichmäßige Versorgung des ganzen Bezirks mit ausreichenden Bibliotheken und inklusiven Kulturangeboten an.

Die Erinnerungskultur wird unterstützt und in bisherigem Umfang weitergeführt. Die Lüderitzstraße, der Nachtigalplatz und die Petersallee im Afrikanischen Viertel, die einen rassistischen und kolonialgeschichtlich belasteten Hintergrund haben, sollen entsprechend der Beschlusslage der Bezirksverordnetenversammlung zügig umbenannt werden. Dazu wird der begonnene Prozess der Information und Namensfindung fortgesetzt. Außerdem wird die Diskussion um die Entwicklung eines Lern- und Erinnerungsortes an der Mohrenstraße unterstützt und weitergeführt.

#### **5.5 Verkehr – Radverkehr – Parkraumbewirtschaftung**

Die unterzeichnenden Parteien wollen ein neues Verkehrskonzept für Mitte, in dem alle Verkehrsträger zu berücksichtigen sind. Ein Schwerpunkt wird auf die deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Radverkehr im Bezirk Mitte gelegt. Dazu gehören neben der Ausweisung neuer Radstraßen und Radbahnen auch eine stärkere Berücksichtigung der Radinfrastruktur bei der bezirklichen Investitionsplanung sowie alle Maßnahmen, die den Radverkehr sicherer und damit für alle Bevölkerungsschichten attraktiver machen (z.B. Planung ausreichender Abstellanlagen).

Die unterzeichnenden Parteien setzen sich für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in den Gebieten ein, wo die Belastung der Anwohner\*innen durch Parksuchverkehr besonders stark ist und in denen die Bewohner\*innen dies fordern. Darüber hinaus ist ein



Maßnahmenkonzept mit dem Ziel zu erarbeiten und umzusetzen, den Durchgangsverkehr in Alt-Mitte zu reduzieren.

## **5.6 Integration und Geflüchtete**

Das Ziel ist ein Bezirk, in dem sich alle dort lebenden Menschen mit ihren Fähigkeiten und ihrem kulturellen Hintergrund einbringen und ihr Leben erfolgreich gestalten können. Die unterzeichnenden Parteien wollen Vielfalt im Bezirk auf der selbstverständlichen Basis des Grundgesetzes.

Die unterzeichnenden Parteien werden sich gegen jede Form der Diskriminierung und Ausgrenzung engagieren. Das Angebot an Sprachkursen soll weiter ausgebaut und die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu lernen, im Sinne unserer Integrationsstrategie von „Fördern und Fordern“ auch in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter erhöht werden.

Die Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen oder anderen ungeeigneten Massenunterkünften sollen schnellstmöglich beendet und – sofern alternative Unterbringungsmöglichkeiten durch das Land nicht zeitnah geschaffen werden können – durch alternative Unterbringungsmöglichkeiten ersetzt werden.

Im Rahmen der Möglichkeiten soll auf eine schnellere Bearbeitung der Asylverfahren gedrängt werden.

## **5.7 Umwelt- und Klimaschutz im Bezirk**

Die unterzeichnenden Parteien sind sich darin einig, dass der Bezirk einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten kann und muss. Dafür wollen sie die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude vorantreiben. Der Fuhrpark des Bezirks soll schrittweise auf emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt werden. Bei allen Baumaßnahmen des Bezirks sind Ladestationen für E-Mobilität miteinzubeziehen.

Die Grünflächen und Parks sollen als wichtige Naherholungsräume des Bezirks geschützt und naturnah gepflegt werden. Es sollen mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden.

## **5.8. Wirtschaft und Tourismus**

Die unterzeichnenden Parteien sehen eine große Chance in der dynamischen Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Mitte. Um die verschiedenen Wirtschaftstreibenden vom kleinen Handwerksbetrieb bis zum Startup aber auch größere Unternehmen zu unterstützen, soll die bezirkliche Verwaltung Anlaufstelle zur Lösung von Problemen vor Ort sein und dafür auch in englischer Sprache weiterhelfen können. Wichtige Standortfaktoren wie ausreichend Gewerberäume, Büroflächen und Coworking Spaces als auch gepflegte Grünanlagen und ein dichtes kulturelles Angebot machen den Bezirk attraktiv und werden daher gefördert und unterstützt. Die unterzeichnenden Parteien setzen sich außerdem für den Erhalt und die Entwicklung kleinteiliger Gewerbestrukturen und Gewerbehöfe in Mitte ein. Um die Digitalisierung auch im Bezirk voranzutreiben, setzen sich die unterzeichnenden Parteien für freies WLAN im Bezirk und in öffentlichen Gebäuden ein.

Als weltoffener Bezirk ist es begrüßenswert, wenn viele Besucherinnen und Besucher zu uns kommen. Allerdings sind die Anwohner\*innen im Bezirk Mitte überproportional den Auswirkungen des Tourismus ausgesetzt. Um mit dem zunehmenden Tourismus umzugehen, sollen sinnvolle und nachhaltige Wege gefunden werden. Daher setzen sich die unterzeichnenden Parteien unter Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner für ein neues Tourismuskonzept ein, das Überlegungen zur künftigen Vermeidung der exzessiven Nutzung des öffentlichen Raums beinhaltet.

## 6.

Die unterzeichnenden Parteien stimmen der Veröffentlichung dieser Vereinbarung zu.

Berlin, den 26. Oktober 2016

---

---

